

DR. ANTON HUBER (1905–1998)

Christlich-demokratischer Politiker,
Landtagsabgeordneter, Landrat des
Kreises Aalen

Nur wenige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens haben die Politik im Landkreis Aalen wie auf Landesebene – zunächst des Landes Württemberg-Baden, später des neugeschaffenen Bundeslandes Baden-Württemberg – nach 1945 in einem Maße geprägt wie Dr. Anton Huber.¹ Der aus Oberschwaben stammende Bauernsohn, schon frühzeitig in der württembergischen Zentrums- und im Volksverein für das katholische Deutschland aktiv, setzte sich nach Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 maßgeblich für den demokratischen und parlamentarischen Neubeginn ein und setzte sowohl als Landrat „vor Ort“ als auch als Abgeordneter im Stuttgarter Landtag bleibende politische und administrative Akzente. Diese Tatsachen sind für den Verfasser Anlass, dem Wirken Hubers ein biographisches Porträt zu widmen, dessen erster Teil hiermit vorgelegt wird.² Der persönlich überaus bescheidene Huber – 1965 lehnte er die Annahme des „fälligen“ Bundesverdienstkreuzes ab – stand dem Unterfangen des Verfassers, seine Leistungen als Parlamentarier und Landrat in Form einer Veröffentlichung würdigen zu wollen, zumindest zwiespältig, wenn nicht eher ablehnend gegenüber. Als Persönlichkeit der Zeitgeschichte und als „naturalisierter“ und überzeugter Aalener hätte er – wenn schon – den Publikationsort im „Aalener Jahrbuch“ gewiss gutgeheißen.

Biographische Stationen 1905–1945

Josef Anton Hubers Wurzeln liegen im Oberschwäbischen. Geboren wurde er am 4. Juni 1905 in Osterhofen (gelegen nordöstlich von Bad Waldsee, nordwestlich von Bad Wurzach) im damaligen Oberamt Waldsee (heute Landkreis Ravensburg).³ Huber wuchs auf einem Bauernhof als Sohn boden-

ständiger, frommer, katholischer Eltern im Kreis von sieben Geschwistern auf. Von ihnen erfuhr Huber auch seine erste politische Prägung: „Im Elternhaus...galt schlicht und einfach die Formel: Zentrum, weil wir Katholiken sind.“ Der Vater, Josef Anton Huber (1871–1965), „ein kritisch veranlagter, politisch interessierter Mann und eifriger Zeitungsleser“, studierte regelmäßig die Hefte des Volksvereins für das katholische Deutschland.⁴ Die Mutter, Ida, geb. Sontag (1879–1936), wachte über die Erziehung der Kinderschar und bildete den Mittelpunkt der Familie. Bindung an die Heimat und an die Familie blieben Huber ein lebenslangliches Erbe. Den oberschwäbischen Tonfall bewahrte er sich.

Seine schulische Ausbildung begann in der Volksschule von Osterhofen, setzte sich an der Lateinschule in Waldsee und am Gymnasium in Ehingen an der Donau fort und wurde im dortigen Bischöflichen Konvikt beendet, wo Huber seit 1921 war und 1925 sein Reifezeugnis erhielt. Unmittelbar im Anschluss daran nahm er sein Studium an der alt-ehrwürdigen und renommierten Eberhard-Karls-Universität in Tübingen auf, wo er sich für Theologie eingeschrieben hatte und als vom Bischöflichen Ordinariat geförderter Student im Wilhelmsstift untergebracht war. Offenbar waren die Zeichen auf eine Laufbahn als katholischer Geistlicher gestellt. Nach vier Semestern wechselte Huber allerdings den Studiengang und widmete sich fortan (ab 1927) den Staats- und Wirtschaftswissenschaften. Es ist bemerkenswert, wie sehr der Lebensweg Hubers bis hin zum Wechsel von der Theologie zu einem anderen Studiengang demjenigen eines anderen wichtigen CDU-Politikers ähnelt: Gebhard Müller (1900–1990), der ebenfalls am Bischöflichen Konvikt (allerdings in Rottweil) die Voraussetzungen für die Aufnahme ins Wilhelmsstift erworben hatte,



Alt-Landrat Dr. Huber in den 1990er-Jahren.

Theologie studierte und nach zwei Jahren den Studiengang wechselte, um Jura zu studieren. Die Oberschwaben Huber und Müller verband eine jahrzehntelange, von gegenseitigem Respekt getragene Freundschaft.

1929 legte Huber die Staatsprüfung für Diplomvolkswirte mit gutem Erfolg ab und bewarb sich, wohl mittlerweile der Studien etwas müde, um die Stelle des Bauernsekretärs des Volksvereins für das katholische Deutschland in Ravensburg.⁵ Er erhielt sie und war fortan für die politische Bildungsarbeit und alltägliche Beratung der katholischen Bauern in seinem Bezirk zuständig.⁶ Aus der engen Verknüpfung zwischen Volksverein und Zentrumsparterie ergaben sich jedoch bald ganz andere Aufgaben. Huber, der bereits Mitglied des Bundes Neudeutschland und der Jugendorganisation der Zentrumsparterie, des Windthorstbundes, war, kam erstmals mit der Politik in Berührung. Der damals 25-jährige Bauernsekretär organisierte mit Unterstützung des von dem Ulmer Reichstagsabgeordneten des Zentrums Franz Wiedemaier ins Oberland entsendeten Arthur Ketterer, mit Dr. Albert Sauer, Bernhard Bauknecht und Josef Köberle die „Zentrumsjugend Oberschwabens“.⁷ Mit ihrer Hilfe gelang es der Zentrumsparterie in den letzten drei Jahren der Weimarer Republik, ihre oberschwäbische „Bastion“ im wesentlichen zu halten und vor allem gegen den Siegeszug des Nationalsozialismus zu verteidigen. In erster Linie musste es darum gehen, die Werbung der NSDAP um die oberschwäbische Wählerschaft aus dem agrarischen Bereich zu vereiteln. Hier war Huber publizistisch besonders aktiv. Im Jahr 1932, als nicht nur der Württembergische Landtag, sondern auch zweimal der Reichstag und in zwei Wahlgängen der Reichspräsident gewählt wurde, erreichte Hubers Wahlkampfeinsatz einen frühen Höhepunkt. Vor dem zweiten Wahlgang bei der Reichspräsidentenwahl, bei der Adolf Hitler gegen Hindenburg kandidierte, waren in zahlreichen Presseorganen Oberschwabens Huber-Artikel zu finden, die in geradezu beschwörender Weise in Formeln wie „Die Nazi sind nicht die Bauernfreunde. Bauer bleibe Zentrumsmann!“ mündeten.⁸ Wenn auch Oberschwaben nicht in dem Maße den Nationalsozialisten folgte wie andere württembergische

Landesteile, so konnte doch auch dort der für die Hitler-Partei positive Trend nicht umgekehrt werden. Huber verstand später den zum Teil spektakulären Erfolg der NSDAP vor allem auch als einen Verlust des Vertrauens der Wählerschaft in die Fähigkeit der demokratischen Weimarer Regierungsparteien, die zahlreichen Probleme lösen zu können. Selbstkritisch warnte er davor, die Wähler, die bis zuletzt „ihren“ Parteien, SPD, DDP oder Zentrum die Stimme gegeben hätten, als „zufriedene Wähler“ einzuschätzen. Auch von ihnen waren viele an der Staatsführung und an ihrer Partei verzweifelt. Aber es gibt die Nibelungentreue; komme was wolle! Man hat Zentrumsversammlungen erlebt, dass man zum Schluss glaubte, dass da kein einziger mehr Zentrum wählt. Die Erschütterung des Vertrauens ging noch viel weiter und noch viel tiefer als in diesen Wahlergebnissen zum Ausdruck kommt“.⁹ Vielleicht war auch er selber damals schon von Skepsis nicht ganz frei. Im Gegensatz zu den älteren Mitstreitern Bauknecht, Sauer und Köberle strebte Huber damals noch keine Mandate auf Gemeinde-, Kreis- oder Landesebene an.

Als sich nach der letzten, zumindest noch halbwegs „freien“ Reichstagswahl vom 5. März 1933 auch in Württemberg die Machtübernahme der NSDAP vollzog und Gauleiter Wilhelm Murr sogar vom Landtag zum Staatspräsidenten gewählt wurde – ein Vorgang, der nur in Hamburg und Hessen eine Entsprechung findet –, hatte die Stunde der Zentrumsparterie ebenso geschlagen wie die aller anderen Parteien außer der NSDAP. Die Hitler-Partei wurde Staatsparterie. Im Sommer 1933 wurden Parteiverbote ausgesprochen, das Zentrum löste sich selbst auf. Die Feinde der NSDAP wurden unnachsichtig verfolgt, bespitzelt, inhaftiert, gequält und ermordet. In Oberschwaben hatte sich Huber bei den neuen Machthabern nachhaltig unbeliebt gemacht, zumal es bei einer Wahlversammlung zu einem handgreiflichen Zwischenfall mit Murr gekommen war. Der 28-jährige Bauernsekretär sah sich im Zuge der von Reichskommissar Dietrich von Jagow initiierten Verhaftungswelle des Frühjahrs 1933 verhaftet und in ein Stuttgarter Gefängnis verbracht, wo er etwa eine Woche festgesetzt wurde. Danach verschleppte man ihn in das „Schutzhaftlager“ bzw. spätere KZ Heuberg bei Stetten am kalten Markt.



Landrat Dr. Huber verabschiedet den letzten US-Resident Officer, Donald Feick, im Hotel Olga und überreicht ihm ein Gemälde des Kunstmalers Ernst Wanner.

Huber hatte es der Intervention Josef Beyerles, des einstigen württembergischen Justizministers und Landesvorsitzenden des Zentrums, bei dem neuen NS-Justizminister Dr. Jonathan Schmid zu verdanken, dass er – im Gegensatz zu vielen anderen – wieder aus der „Schutzhäft“ entlassen wurde.¹⁰

Wie sollte es nun weitergehen? Seiner Funktionen in Ravensburg enthoben, stand Huber vor dem Nichts. Er entschied sich dafür, sein Studium in Tübingen wieder aufzunehmen (Wintersemester 1933/34) und zu promovieren. Bei Professor Dr. Carl Johannes Fuchs (Zweitgutachter war Professor Dr. Hans Teschemacher) entstand 1934 die Arbeit „Die Hofteilung in Oberschwaben. Untersuchungen über die Möglichkeit der Siedlung durch Teilung von Bauerngütern“, die ihm den staatswissenschaftlichen Doktorgrad verschaffte.¹¹ Das in mancherlei Hinsicht naheliegende Thema wurde von Huber, der die Dissertation in Dankbarkeit seinen Eltern widmete, in gründlicher und konziser Weise abgehandelt. Die von der Waldseer Buch-

druckerei Liebel gedruckte Arbeit kann auch heutzutage noch mit Gewinn gelesen werden.

Beruflich ergab sich für Huber 1935 eine Perspektive, als er in die Dienste der Schwäbischen Treuhand AG (Schitag) in Stuttgart trat. Er war dort als wissenschaftlicher Mitarbeiter in Devisen- und Steuerangelegenheiten angestellt und betreute das Wirtschaftsarchiv. Daneben war er gelegentlich mit der Erstellung volkswirtschaftlicher Gutachten betraut. Huber hatte das Glück, während des Weltkrieges „uk“-gestellt, also vom Kriegsdienst freigestellt zu sein. Huber trat der NSDAP aus Überzeugung nicht bei und war, wie er zu seinem eigenen Erstaunen noch Jahrzehnte später feststellte, von entsprechenden Aufforderungen stets verschont geblieben. Immerhin, so erklärte er es sich, stand er ja „auf der schwarzen Liste der NSDAP“.¹²

Nachdem der Zweite Weltkrieg mit dem völligen Zusammenbruch Deutschlands und dem Einmarsch alliierter Truppen sein Ende gefunden hatte, war auch Hubers Zukunft ganz ungewiss. Auf dem

Stuttgarter Schlossplatz wurde er von französischen Soldaten aufgegriffen und mit der Vorhaltung konfrontiert, er selbst sei Soldat. Nachdem es Huber gelungen war, diesen Verdacht ebenso wie den, er sei beim Volkssturm aktiv gewesen, zu entkräften, sagte er wahrheitsgemäß aus, er sei nicht einmal Parteimitglied und als Gegner der NSDAP im KZ gewesen: „Diese Erklärung tat augenblicklich ihre Wirkung, wie ein gelandeter Haken im Boxring. Dem Soldaten hat es die Stimme verschlagen. Er verlangte keinen Nachweis für meine Behauptung und fragte nicht einmal nach Grund, Ort, Zeit und Dauer meiner KZ-Haft“.¹³

In der Tat zahlte es sich nach dem Untergang des „Dritten Reiches“ und bei den ersten Anfängen deutscher Verwaltung in Württemberg aus, nicht Parteimitglied gewesen zu sein. Auf Huber warteten neue Aufgaben. Im Frühsommer 1945 folgte er einem Ruf des früheren Zentrumsmannes Dr. Franz Weiß, der ebenfalls aus Oberschwaben stammte und an die Spitze der noch auf Geheiß der französischen Militärregierung gebildeten Stuttgarter Landesdirektion für Ernährung und Landwirtschaft getreten war, und begann seine Tätigkeit als Referent in der Landesdirektion. Diese war allerdings nicht von langer Dauer. Da Weiß während des „Dritten Reiches“ zum Oberlandwirtschaftsrat befördert worden war, fiel er nach dem „Machtwechsel“ in Stuttgart – am 8. Juli 1945 wichen die Franzosen in Stuttgart und Karlsruhe den Amerikanern – den rigorosen Säuberungsaktionen der US-Militärregierung zum Opfer und wurde Anfang September 1945 abgesetzt. Huber erklärte sich mit Weiß solidarisch und schied ebenfalls aus den Diensten der Landesdirektion aus.

Nunmehr wieder arbeitslos, bedurfte es des Zuredens der renommierten früheren Zentrums-Landtagsabgeordneten Luise Rist, um den schmolgenden Huber überhaupt wieder für eine Tätigkeit unter US-amerikanischer Besatzung zu interessieren. Mit seinen Fähigkeiten dürfe er beim Aufbau der Verwaltung nicht abseits stehen, mahnte die „Grande Dame“ der Partei und konnte Huber bewegen, ab Dezember 1945 wiederum als Referent im neugebildeten Wirtschaftsministerium von Württemberg-Baden unter Minister Josef Andre – auch er ein führender früherer Zentrumspolitiker – zu arbeiten.

In dieser Stellung verblieb Huber bis zu seiner Wahl zum Landrat des Kreises Aalen im Mai 1946.

Mitgründer der Union in Württemberg

Wie bereits erwähnt, hatte sich der junge Huber in der Endphase der Weimarer Republik ebenso aktiv wie erfolgreich für die Zentrumsparterie geschlagen. Von Zweifeln und Skepsis war er vermutlich damals weitgehend frei, in der Rückschau betonte er jedoch wiederholt die Schwächen einer konfessionellen Partei. Dennoch war ganz ohne Frage die Zentrumsparterie seine politische Heimat und blieb es bis zu einem gewissen Grade auch in den Jahren nach 1933. So war er gelegentlich Teilnehmer an der Runde ehemaliger Zentrumsgrößen um den entmachteten Staatspräsidenten Eugen Bolz, die sich im „Europäischen Hof“ (Vinzentiushaus) in Stuttgart traf.¹⁴ Persönliche Kontakte pflegte er darüber hinaus zu einer ganzen Reihe einstiger Zentrumspolitiker, von denen hier nur Adolf Scheffold und Felix Walter genannt seien. Doch schon in der Kriegszeit blickte Huber über den konfessionellen Tellerrand hinaus und stand im Kontakt zum „Unasanta-Kreis“ in Stuttgart.¹⁵ Dieser Gesprächskreis hatte sich die Verständigung zwischen den beiden großen christlichen Konfessionen zum Ziel gesetzt und setzte sich ausschließlich aus Gegnern des Nationalsozialismus zusammen. Neben Eugen Bolz, Josef Beyerle und dem späteren Kultusminister Theodor Bäuerle stieß zu diesem Kreis, dessen Mittelpunkt Ida Görres war, auch der enge Bosch-Mitarbeiter Hans Walz. Man wird nicht fehlgehen in der Vermutung, dass Huber in den bedrückenden Jahren des Weltkriegs ein Konzept für eine gedeihliche politische Zukunft Deutschlands sehr stark in der Überwindung der konfessionellen Gräben sah. Verwunderlich ist es dennoch nicht, dass Hubers Weg in die CDU über Kontakte mit den ihm vertrauten, zum Teil auch befreundeten Männern des alten Zentrums führte. Bereits am 14. Mai 1945 traf er mit Josef Beyerle, Felix Walter, dem Rottenburger Domkapitular Wilhelm Sedelmeier und Hermann Gögl zu einem längeren Gespräch zusammen, in dessen Verlauf neben den Berichten über das persönliche Ergehen – man hatte sich ja zum Teil jahre-

lang nicht gesehen – auch über die Zukunft des Parteienfeldes in Württemberg debattiert wurde.¹⁶ Im Verlauf der nächsten Wochen entwickelte sich die Geschäftsstelle des Caritasverbandes in Stuttgart zum Treffpunkt der Gespräche. Huber empfand das Zusammengehen zwischen evangelischen und katholischen Christen als „Notwendigkeit“ und so stark, „dass ich nicht in der Lage gewesen wäre, einer wiedergegründeten Zentrumspartei beizutreten“.¹⁷ Auf der anderen Seite bekannte Huber aber stets offen, er hätte „mit manch anderen aus unseren Reihen [...] auch leicht und gerne auf das „C“ im Namen der neuen Partei verzichtet“. Die Betonung des „C“ sei denn auch stärker von den evangelischen als den katholischen Persönlichkeiten aus dem Stuttgarter Gründungskreis verlangt und umgesetzt worden: „Die christliche Firmierung kann ja für den Inhalt des Programms nicht entscheidend sein, aber für seine Verwirklichung, wurde entgegengehalten“.¹⁸

In grundsätzlicher Weise hatte sich Huber im Rahmen einer Denkschrift mit der Zukunft des Parteiensystems befasst.¹⁹ Er vertrat darin die Auffassung, dass – unter Außerachtlassung der KPD als antidemokratische Partei – in Deutschland die Entwicklung eines Zwei- oder Drei-Parteien-Systems (christdemokratisch, sozialdemokratisch und liberaldemokratisch) zu erwarten sei. Auf dieser Basis sei es für die SPD möglich, sich noch mehr vom Marxismus abzusetzen, während die „bürgerlichen Parteien“ ihre soziale Ausprägung intensivieren könnten. Auf diesem Wege sei der bisherige Klassenkampf aus der Welt zu schaffen, ein Mehrheitswahlrecht nach anglo-amerikanischem Muster einführbar und die Kirche ganz aus dem politischen Leben herauszuhalten. Im Vordergrund stand für den Programmatiker Huber die Chance für einen Ausgleich zwischen der Arbeiterschaft und der Kirche. Insgesamt sah Huber in der Realisierung seiner Vorschläge eine Gewähr für wirklich stabile politische Zustände. Der Aufbau in Deutschland müsse auf allen Ebenen von Grund auf erfolgen, deshalb müssten die grundsätzlichen Fragen auch von Anfang an mit angepackt werden. Sein fast rührender weltfremder Idealismus muss vor dem Hintergrund der Erfahrungen des „Dritten Reiches“ gesehen werden und kann volles Verständnis wohl nur

dann finden, wenn man bedenkt, dass Huber ein politischer Kopf war, der zwölf Jahre lang zum Schweigen verdammt und dem nun die Möglichkeit geboten war, seine Ideen zu verbreiten. Kein anderer Politiker hat in Württemberg zu diesem frühen Zeitpunkt so radikal wie Huber die Konsequenzen aus der Entwicklung der Zentrumspartei gezogen. Die möglichst breite Sammlung bürgerlicher Kräfte musste für Huber „für eine Politik aus christlicher Verantwortung“ stehen. „Alles war klar, als Joseph Ersing aus Ochsenhausen, ehemals christlicher Gewerkschafter und Zentrums-Reichstagsabgeordneter, mit knapper Not in Berlin der Hinrichtung entronnen, darum Gründungsmitglied der Berliner CDUD, nach Stuttgart kam und über die Vorgänge in Berlin berichtete“, erinnerte sich Huber Jahrzehnte später. Ersing zählte zu den Mitunterzeichnern des Gründungsaufufes der „Christlich-Demokratischen Union Deutschlands“ (CDUD) und vermochte mit seinem früheren Kollegen aus der christlichen Arbeiterbewegung Josef Andre die Weichen in Nordwürttemberg in Richtung der Gründung einer interkonfessionellen Volkspartei zu stellen. Am 25. September 1945 fand die Gründungsversammlung der „Christlich-Sozialen Volkspartei“ im Katholischen Gesellenhaus in Stuttgart statt. Vertreter der früheren Zentrumspartei, des Christlich-Sozialen Volksdienstes und des Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbundes warben für die Überwindung alter Parteischranken.²⁰ Die neue Partei änderte auf der 1. Landesausschusssitzung am 13. Januar 1946 in Stuttgart ihren Namen in „Christlich-Demokratische Union“ und wählte den ersten Landesvorstand von Nordwürttemberg, in den auch Huber gewählt wurde.²¹ Der Idealismus und Eifer Hubers bei der Bewältigung der fundamentalen Nöte Deutschlands unmittelbar nach Kriegsende schien keine Grenzen zu kennen. Er engagierte sich nicht nur in der Partei und in seinem Beruf in Stuttgart, sondern trug auch Sorge dafür, seine Gedanken publizistisch zu verbreiten. In einer Auflage von 5000 Exemplaren erschien 1947 beim Stuttgarter Verlag Poeschel seine Schrift „Die Ordnung der finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Deutschlands“. Mit dieser Veröffentlichung wollte Huber den „Untergang der Geldvermögen...unter allen Umständen“



7. Juli 1950, Landrat Dr. Huber begrüßt die Ehrengäste des Landesturnfestes im Sitzungssaal des Aalener Rathauses.

verhindern. Obwohl er das Manuskript bereits im Sommer 1945 abgeschlossen hatte, blieben die Gedanken und Vorschläge trotz aller Verwerfungen aktuell. Die 1947 gebildete Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU – eine Art provisorischer Bundesvorstand der Union – debattierte in einer ihrer Sitzungen auch über Hubers Schrift. Sie kann hier nur als weiterer Beleg für die reichhaltige Aktivität Hubers angeführt werden.

Weiter betätigte sich Huber als Gründungsmitglied der „Thomas-Morus-Gesellschaft“.²² Dieser fast ausschließlich katholische Gesprächskreis, der von Huber sowie den späteren CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Hans Haering (1908–1990), Dr. Hans Bausch (1921–1991) und Dr. Konrad Theiss (1905–1983) sowie dem Journalisten und späteren Verleger Johannes Binkowski (1908–1996) dominiert wurde, befasste sich ebenfalls mit moralisch-politischen Grundsatzfragen, überdauerte jedoch das Jahr 1946 nicht, da alle führenden Mitglieder

sich mittlerweile stark praktisch im gesellschaftlich-politischen Bereich engagierten. Anders sah es beim sogenannten „Ellwanger Kreis“ aus, der im März 1947 erstmals zusammenkam und zu dem Huber frühzeitig stieß. Dieses Forum diente, initiiert von dem bayerischen Staatsminister Dr. Anton Pfeiffer und dem Ministerialdirektor im württemberg-badischen Staatsministerium Hermann Gögler (der in Ellwangen lebte), der Kanalisierung der Verfassungs- und Föderalismus-Diskussion innerhalb der CDU/CSU und besaß bis zum Beginn der Beratungen des Parlamentarischen Rats in Bonn 1948 eine über die Parteigrenzen hinaus beachtliche Bedeutung und bestand noch lange Jahre als innerparteiliches Diskussionsforum, wenn es auch der einstigen politischen Bedeutung weitgehend entkleidet war. Huber nahm fast regelmäßig an den Versammlungen teil und führte zumeist das Protokoll.²³ Zu diesem Zeitpunkt war er schon Vorsitzender der Aalener Kreis-CDU und Landrat.

Huber und die Parlamentswahlen

Anton Huber konnte von sich behaupten, ein Parlamentarier der ersten Stunde gewesen zu sein. Noch vor den ersten landesweiten Wahlen in dem von der US-amerikanischen Besatzungsmacht im September 1945 geschaffenen Staat Württemberg-Baden konstituierte sich im Januar 1945 eine „Vorläufige Volksvertretung“. Diese bestand aus 124 Abgeordneten, die Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier aufgrund der Vorschläge der Parteien und verschiedener Körperschaften (Kirchen, Industrie- und Handelskammern, Hochschulen etc.) im Einvernehmen mit der Militärregierung berufen hatte. Huber gehörte dieser „Vorläufigen Volksvertretung“, einem Notparlament in engem Schulterchluss mit der vorläufigen Regierung in Stuttgart, als einer von zehn CDU-Abgeordneten an. Er scheute sich nicht, im Rahmen der Aussprache zur Stellungnahme des Innenministers Fritz Ulrich (SPD) zur Flüchtlingsfrage das Wort zu ergreifen und die Fakten zu benennen.²⁴ Zwar sei es verständlich, wenn in der Debatte hauptsächlich von den Schwierigkeiten bei der Aufnahme der zu Hunderttausenden ins Land kommenden Flüchtlinge die Rede sei, man dürfe dabei aber nicht vergessen, dass die Flüchtlinge ins Wirtschaftsleben und in den Arbeitsprozess integriert werden müssten: „Die Flüchtlinge wollen auf die Dauer nicht Gäste bei uns sein, sie wollen Heimatrecht“. Seine Ausführungen schilderten Probleme und Lösungsmöglichkeiten und mündeten zum Schluss in die Forderung, die Bildung einer Organisation der Flüchtlinge zu unterstützen, die dann auch als Ansprechpartner dienen könnte. Am gleichen Tage, als er diese Rede hielt, wurde ein Antrag der CDU-Fraktion ausgegeben, den Huber mitformuliert und -unterzeichnet hatte.²⁵ Darin fanden sich zahlreiche Gedanken zu einer Gesamtlösung des Flüchtlingsproblems, wie etwa deren Heranziehung als Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und die Betonung der Notwendigkeit der gesellschaftlichen Eingliederung der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen. Vieles von dem, was Huber in seiner Rede anregte, ist später Realität geworden. An der Umsetzung war er, was er damals noch nicht wissen konnte, als Aalener Landrat selbst führend beteiligt.

In einem weiteren Antrag der CDU-Fraktion, ebenfalls von Huber mitunterzeichnet und deutlich seine „Handschrift“ tragend,²⁶ wurde die genaue Prüfung des vom Sozialpolitischen Ausschuss des Länderrats der US-Zone vorgelegten Gesetzentwurfs für eine Neuordnung der Sozialversicherung gefordert. Eine finanzielle Gesundung müsse unbedingt herbeigeführt werden, lautete die erste Forderung, begleitet von einer Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung und einer Umgestaltung der Verwaltung „nach demokratischen Grundsätzen“. Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften müssten bei der Durchführung dieser Aufgaben als Sachverständige hinzugezogen werden. Wieder ist hier das Bemühen Hubers um Ausgleich, um das Zusammenführen des Bürgertums und der Arbeitgeberschaft zu finden, außerdem die Wiederholung der in seiner damals schon verfassten, aber noch nicht gedruckten Schrift „Die Ordnung der finanziellen Verhältnisse...“ enthaltenen Grundsatzforderungen nach Sparsamkeit und Erhaltung der finanziellen Mittel.

Nachdem Huber Mitte 1946 Landrat in Aalen geworden war, sah er sich einer Fülle schwierigster verwaltungsmäßiger Probleme gegenüber – im zweiten Teil dieses Beitrags wird davon die Rede sein. Seine ganze Arbeitskraft wollte er der Lösung dieser Probleme widmen. Er sah deshalb 1946 von Bewerbungen um Mandate in der Verfassungskgebenden Landesversammlung ebenso ab wie im 1. Landtag von Württemberg-Baden. Die parlamentarische Laufbahn – sie schien beendet, noch ehe sie so recht begonnen hatte. Mit Felix Walter, Ministerialrat im Justizministerium, hatte die Union einen Politiker gefunden, der den Wahlbezirk mit großem Eifer repräsentierte und sein politisches Gewicht in Stuttgart geltend machte, um die Belange des Landkreises nachdrücklich zu vertreten.²⁷ Zweiter CDU-Abgeordneter des Wahlkreises war der Bauer Karl Schröppel aus Mörtlingen bei Neresheim. Andere Parteien hatten im Wahlkreis Aalen-Ellwangen-Neresheim keine Kandidaten durchgebracht.

Der Oberamtsbezirk Aalen hatte – ebenso wie die benachbarten Bezirke Ellwangen, Neresheim und Schwäbisch Gmünd – in der Zeit des Königreichs und des freien Volksstaates Württemberg, seit es die

Zentrumspartei in Württemberg gab (1895), stets Vertreter dieser konservativen konfessionellen Partei in die Landtage in Stuttgart entsendet. In der Zeit der Weimarer Republik konnten die Wahlkreisvertreter Josef Beyerle und Karl Gengler ihre jeweilige Wiederwahl stets als vergleichsweise sicher ansehen. Andere Parteien, auch die SPD, die bei den Industriearbeitern in Aalen selbst und vor allem auch in Wasseralfingen eine starke Unterstützung fanden, taten sich demgegenüber stets schwer.²⁸ Nur 1895 war es beinahe einmal soweit gekommen, dass der SPD-Kandidat den Zentrumsbewerber geschlagen hätte. Weniger als 20 Stimmen hatten damals die Entscheidung zugunsten des Zentrumspolitikers Viktor Rembold gebracht.

Huber scheint zunächst nicht an die Fortsetzung seiner parlamentarischen Arbeit gedacht zu haben.

Erst der überraschende Tod von Felix Walter im Februar 1949 löste neue Überlegungen über dessen Nachfolge aus. Bis zum Ende der Wahlperiode war Walters Ersatzkandidat, der Aalener Maurer Gregor Harsch (1900–1977) nachgerückt. Aber Harsch war kein politischer Kopf und kein begeisterter Redner, wie es Walter gewesen war. Selbst in einem „schwarzen“ Wahlkreis war damals eine Wahl ohne zugkräftigen Spitzenkandidaten nicht zu gewinnen. Auch Anton Huber war alles andere als der Idealtypus des Parlamentariers. Ihm lag es nicht, Themen zuzuspitzen und rhetorisch zu glänzen. Huber stand für die saubere Abwägung der Fakten, den Austausch der Argumente im kleineren Kreise. Dennoch lief die Aalener CDU-Kandidatur beinahe zwangsläufig auf ihn zu. Im 2. Wahlbezirk Aalen²⁹ trat nun der Landrat erstmals als Landtagskandidat

Amtlicher Wahlzettel

für die Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung des aus den Ländern
Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zu bildenden Bundeslandes

am 9. März 1952

Wahlkreis Nr. 8 AALEN

1	Hans Geiger , Gewerkschaftssekretär in Aalen Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	☐
2	Dr. Anton Huber , Landrat in Aalen Christlich Demokratische Union (CDU)	☐
3	Andreas Bäurle , Ziegeleibesitzer und Landwirt in Aalen Demokratische Volkspartei (DVP)	☐
4	Walther Tittor , Ingenieur in Aalen Deutsche Gemeinschaft - BHE	☐
5	Kurt Grüger , Kreisgeschäftsführer in Aalen Block der Heimatvertriebenen und der Entrechteten (Richtg. Kraft)	☐
6	Albert Seckler , Schreiner in Wasseralfingen Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	☐
7	Max Gille , Techniker in Waiblingen Sozialistische Reichspartei (SRP)	☐

Stimmzettel für die Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung am 9. März 1952.

an; als zweiter CDU-Bewerber war Josef Humpf³⁰ im Wahlkampf aktiv. Huber konnte das Ergebnis Felix Walters und Karl Schröppels von 1946 zwar in absoluten Zahlen um mehr als 2000 Stimmen verbessern, der Prozentanteil sank aber wegen der geringeren Wahlbeteiligung, den Stimmenzuwachsen von Sozialdemokraten und Liberalen sowie dem ersten und mit 17,5 % sehr erfolgreichen Auftreten der DG-BHE gegenüber der ersten Landtagswahl von 74,1 auf 68,8 %. Huber und Humpf wurden in den 2. Ordentlichen Landtag von Württemberg-Baden gewählt, außerdem der Aalener Gewerkschaftssekretär Hans Geiger³¹ (SPD) und der Oberkochener Ingenieur Walther Tittor (1911–1966; Deutsche Gemeinschaft – Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, DG-BHE).

Bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung des Südweststaates Baden-Württemberg, die am 9. März 1952 stattfand, bildete Aalen den 8. Wahlkreis.³² Huber, der auf der Landesliste nicht vertreten war, kandidierte erneut für die CDU, die SPD setzte ebenfalls wieder auf Gewerkschaftssekretär Hans Geiger, die Liberalen schickten den Aalener Ziegeleibesitzer und Landwirt Andreas Bäurle ins Rennen. Die DG-BHE bot nochmals Walther Tittor als Spitzenkandidaten auf, während der abgespaltene Parteiflügel des BHE „Richtung Kraft“ den Kreisgeschäftsführer der kurzlebigen Partei, Kurt Grüger (Aalen), kandidieren ließ. Die Kommunisten präsentierten den Wasseralfinger Schreiner Albert Seckler auf ihrem Wahlvorschlag, die SRP (Sozialistische Reichspartei) den Waiblinger Techniker Max Gille.³³

Huber erzielte bei einer Wahlbeteiligung von 74 Prozent mit 30 693 Stimmen (52,3 %) mehr Stimmen als alle anderen Mitbewerber zusammen. Als zweitstärkste Kraft mit etwas mehr als einem Drittel von Hubers Stimmenanteil zeigte sich die SPD, auf Platz 3 rangierten die Liberalen, auf der vierten Position der BHE „Richtung Kraft“, der im Wahlbezirk Aalen mehr als doppelt so stark war wie die DG-BHE. Nur Huber konnte auf Grund des veränderten Wahlgesetzes in die Verfassungsgebende Landesversammlung einziehen.

1956 kürte die CDU Huber zum dritten Mal zum Kandidaten für den Aalener Wahlkreis. Zweitbewerber war Freiherr Konrad von Wöllwarth, Forst-

wirt in Essingen. Die SPD ging wiederum mit Hans Geiger in den Wahlkampf, die FDP/DVP mit dem Aalener Druckereibesitzer Albert Wahl. Dr. Karl Mocker kandidierte für GB/BHE, Albert Seckler wieder für die KPD, der Gmünder Maschinentechniker Viktor Bureczek für die Deutsche Gemeinschaft (DG). Bei der zweiten baden-württembergischen Landtagswahl bildete der Landkreis Aalen den 16. Wahlkreis. Anton Huber erreichte damals einen Gipfel seiner Wahlerfolge, denn er erhielt bei einer sehr guten Wahlbeteiligung von leicht über 80 Prozent mit 37 292 Stimmen (56,1 %) das bisher beste Ergebnis. In absoluten Zahlen lag damals nur der Wahlkreis Wangen (43 522 Stimmen erhielt der CDU-Kandidat dort) vor Aalen.³⁴ Wiederum war Huber der einzige Aalener Abgeordnete, der direkt gewählt worden war.

1960 trat im Wahlkreis Aalen wieder das Duo Huber/Wöllwarth an. Während Liberale und GB-BHE ebenfalls wiederum auf ihre bekannten Kandidaten Wahl und Dr. Mocker setzten, bot die SPD mit dem Aalener Landwirtschaftsassessor Dr. Alfred Nann als Nachfolger Hans Geigers einen neuen Bewerber auf. Der Bund der Deutschen wurde vom Aalener Landwirt Hermann Grandel vertreten, die DG von dem Aalener Kraftfahrzeugmechaniker Kurt Werner Czyganowski. Der Wählerzuspruch sank für die CDU beachtlich, bewegte sich aber noch immer auf hohem Niveau. Huber gewann bei einer Wahlbeteiligung von 72,5 Prozent 34 657 Stimmen (53,9 %) und damit über 2600 Stimmen weniger als 1956, holte damit aber für die CDU – wiederum an zweiter Stelle nach Wangen (wo aber fast 6000 Stimmen verlorengegangen waren) – wiederum ein Spitzenergebnis³⁵, wobei er zudem immer noch doppelt so viele Stimmen wie die SPD auf sich hatte vereinigen können.

Der Wahltag des 26. April 1964 sah auf Seiten der CDU wiederum Huber als Kandidaten, den Freiherrn von Wöllwarth als Ersatzbewerber. Die SPD bot mit dem Stuttgarter Oberregierungsrat Adolf Hasenöhl einen neuen Bewerber auf und setzte damit wie die Liberalen mit dem Aalener Regierungsrat Heinrich Volz auf einen Ministerialbeamten. Der Arbeiter Andreas Rapf (Dalkingen) trat für die Gesamtdeutsche Partei (GDP) an, der Gmünder Kraftfahrzeug-Handwerksmeister Hermann Berroth für

die Deutsche Friedens-Union (DFU), der Ingenieur Franz Donath (Wasseralfingen) für die DG, deren Landtagskandidat Czyganowski nunmehr als Zweitbewerber firmierte.³⁶ Bei einer Wahlbeteiligung von 80,4 Prozent erzielte Huber in absoluten Zahlen das beste Ergebnis aller Landtagswahlen, bei denen er Kandidat war. 43 034 Stimmen (58,6 Prozent) entfielen auf ihn, der SPD-Kandidat hatte nur wenig mehr als die Hälfte dieses Stimmenanteils (22 409 Stimmen), erhielt aber das Zweitmandat, nachdem er gegenüber der letzten Landtagswahl 5000 Stimmen für die Sozialdemokratie hinzugewonnen hatte.

Ein letztes Mal nahm Huber, mittlerweile im 63. Lebensjahr stehend, 1968 den Landtagswahlkampf – seinen mittlerweile sechsten – auf. Die CDU-Formation Huber/Wöllwarth blieb unverändert, und auch die FDP schickte ihren 1964 erfolglosen Kandidaten Heinrich Volz nochmals ins Rennen. Die Sozialdemokraten litten weiter unter personeller Diskontinuität. Der Landtagsabgeordnete Hasenöhl hatte 1967 sein Mandat niedergelegt und dem Ersatzkandidaten Dr. Herbert Kellner, Rechtsanwalt in Bopfingen, den Landtagssitz überlassen. Kellner stand 1968 jedoch nicht als Kandidat zur Verteidigung des Mandats zur Verfügung, so dass die SPD mit einem ganz neuen Gespann in den Wahlkampf zog. Gegen Huber trat der Ellwanger Landgerichtsrat Dr. Alfred Geisel³⁷ an – wie sich später zeigen sollte ein Garant für SPD-Wahlerfolge im Aalener Wahlkreis für die nächsten 25 Jahre. Huber verlor gegenüber 1964 fast 2000 Stimmen und holte das Mandat mit 57,8 Prozent Stimmenanteil. Die SPD brach demgegenüber regelrecht ein und verlor fünf Prozentpunkte. Ein letztes Mal fiel das einzige Aalener Direktmandat für die CDU an Huber.

Der Parlamentarier Huber

In den 22 Jahren, in denen er dem württemberg-badischen bzw. dem baden-württembergischen Landtag angehörte, hat Huber niemals ein hohes Fraktionsamt oder den Vorsitz oder stellvertretenden Vorsitz in einem der zahlreichen Landtagsausschüsse bekleidet. Als Landrat war es ihm unmöglich, derart zeitaufwendige Ämter zu übernehmen.

Dennoch hat Huber es vermocht, sich in die Geschichte des südwestdeutschen Parlamentarismus nach 1945 einzuschreiben. Die CDU-Fraktion entsendete ihn durchweg in wichtige Ausschüsse und beauftragte ihn mit zahlreichen Aufgaben als Berichterstatter in den Beratungen zu den jeweiligen Haushaltsplänen. 1951 fungierte Huber, um nur ein Beispiel zu nennen, als Berichterstatter über zwei Einzelpläne des Haushalts des Landwirtschaftsministeriums. Im Landtag von Württemberg-Baden war er Mitglied des Ständigen Ausschusses und des Verwaltungsausschusses. Der glühende Befürworter einer Bildung des Südweststaates (aus den willkürlich 1945 geschaffenen Nachkriegsstaaten Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern) wusste um die verwaltungsmäßigen Probleme nach dem Länderzusammenschluss und war im Verwaltungsausschuss aufgrund seines großen Sachverständes unentbehrlich.

In der Verfassungsgebenden Landesversammlung von 1952 gehörte Huber dem Verfassungsausschuss und dem Ausschuss für Heimatvertriebene und Kriegsgeschädigte, außerdem als Ersatzmann dem Wahlprüfungsausschuss an. Von besonderer Bedeutung war Hubers Arbeit im Verfassungsausschuss, der zugleich Ständiger Ausschuss war und die Hauptaufgabe der Verfassungsgebenden Landesversammlung wahrnahm, für den neugebildeten Südweststaat eine neue Verfassung zu schaffen. Mit Staunen nimmt man zur Kenntnis, zu welchen und wievielen Themen Huber im Ausschuss und in der Landesversammlung das Wort ergriff.³⁸ Er beschäftigte sich mit der Frage des Rechts der Zugehörigkeit von Beamten zu Parteien und zu Parlamenten, mit Ehe und Familie, Jugenderziehung, der Stellung von Kirche und Staat, Verwaltungsfragen, staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten, Schulfragen, der Position des Regierungschefs und kam immer wieder auf weltanschauliche Aspekte und das Sittengesetz zu sprechen. Am 24. Juni 1953 war Huber im Plenum der Landesversammlung Berichterstatter zum Abschnitt II (Der Landtag des Zweiten Hauptteils: Vom Staat und seinen Ordnungen) des Verfassungsentwurfs.³⁹ Gewiss wird man nicht behaupten können, Huber habe die baden-württembergische Landesverfassung in dem Maße geprägt wie etwa Gebhard Müller, Franz Gog oder Walter Krause.



Landrat Dr. Huber und Donald Feick um 1955. Das Foto entstand während eines Privatbesuchs des ehemaligen US-Resident Officers in Aalen.

Zweifelloos hat er sich aber durch zähes Verhandeln, sachliche Beiträge und stille Kärnerarbeit im Kleinen hohe Verdienste um die Entstehung des Verfassungswerkes erworben, das am 11. November 1953 verkündet wurde und bis heute – wenn auch vielfach geändert und ergänzt – Bestand hat. Mit dem Inkrafttreten der Landesverfassung „verwandelte“ sich die bisherige Landesversammlung, die sich der Aufgabe der Verfassungsschöpfung entledigt hatte, in den 1. Landtag von Baden-Württemberg. Huber verblieb in den Ausschüssen, denen er bisher angehört hatte – der bisherige Verfassungsausschuß blieb als Ständiger Ausschuss bestehen – und orientierte sich erst im 2. Landtag (1956–1960) in der Ausschussarbeit ganz um. Nun war er Mitglied des Wirtschafts- und des Verwaltungsausschusses sowie Stellvertreter im Rechtsausschuss. Im Verwaltungsausschuss blieb er auch im 3. Landtag (1960–1964), wechselte allerdings im Juli 1962 in den Wirtschaftsausschuss und gehörte außerdem dem Finanzausschuss sowie (als Ersatzmann) dem Ständigen und dem Landwirtschafts- und Ernährungsausschuss an. Mitglied des

Finanzausschusses blieb er bis zum Ende seiner parlamentarischen Laufbahn 1972, ebenso Ersatzmann im Ständigen Ausschuss, im Landwirtschafts- und Ernährungsausschuss und im Wirtschaftsausschuss (bzw. seit 1968 im Ausschuss für Raumordnung, Wirtschaft und Verkehr). Im 4. Landtag (1964–1968) war er außerdem Mitglied im Ausschuss für Landesplanung und Raumordnung. Von 1964–1972 arbeitete er außerdem im Unterausschuss Rechnungsprüfung als Stellvertreter mit.

Die Fülle der parlamentarischen Aufgaben einerseits, die Anforderungen der Tätigkeit als Aalener Landrat und Parteivorsitzender andererseits bedingten beinahe unvermeidlich Terminnöte. Verschärft wurden sie noch durch Hubers Verbands- und Vereinsaktivitäten, die er neben- bzw. ehrenamtlich ausübte und zu deren wichtigsten der Vorsitz beim Landeselektrizitätsverband Württemberg, der stellvertretende Vorsitz im Verbandsausschuss des Verbandes Württembergischer Wohnungsunternehmen, der Vorsitz des Aalener Kreisverbandes des Deutschen Roten Kreuzes und der Vorsitz im Verein zur Erhaltung der Abteikirche Neresheim (seit 1967)

zählten. Die Arbeitskraft des eingeschworenen Jungesellen, der landauf, landab in hohem Ansehen stand und dessen Name immer genannt wurde, wenn verantwortungsvolle Posten besetzt werden mussten – sogar als Kandidat für den Wirtschaftsrat der Bizone (Frankfurt/Main), für den Parlamentarischen Rat (Bonn) und als Innenminister von Baden-Württemberg war er im Gespräch – war ungebrochen, aber Kollisionen zwischen den verschiedenen Tätigkeitsbereichen waren dennoch nicht immer zu verhindern. Oftmals konnte er an Fraktionssitzungen in Stuttgart nicht teilnehmen oder war wegen Sitzungen in Stuttgart nicht in der Lage, im Kreistag in Aalen zu erscheinen.

1970 schied Huber als Landrat des Landkreises Aalen aus dem Amt. 1972 verzichtete der nunmehr 67-jährige Pensionär auch auf eine nochmalige Kandidatur für den Landtag. Mandatsnachfolger wurde der 27 Jahre jüngere Dr. Eugen Volz. Nachdem 1970 als Aalener Landrat Gustav Wabro, seinerseits 28 Jahre jünger als Huber, die Nachfolge im Landratsamt Aalen angetreten hatte, war der Generationswechsel in Aalen auf zwei wichtigen Ebenen vollzogen.

Wie als Landrat, so war Huber auch als Landtagsabgeordneter für Aalen nach 1946 eine prägende, eine entscheidende Persönlichkeit. Wie es schon im althergebrachten württembergischen Parlamentarismus des 19. Jahrhunderts bei den Oberamtsmännern und Schultheißen, den Oberamts- und Stadtpflegern gewesen war, so war es nach den Weltkriegen und ist es auch heute noch: wer dem Landesparlament angehörte, konnte für „seine“ Stadt, „seinen“ Kreis etwas tun. Der Glanz des Erreichten – die Einweihung eines Krankenhauses, die Eröffnung eines neuen Verkehrsweges oder einer schulischen Einrichtung, die Bezuschussung aus Landesmitteln für Projekte in Stadt und Kreis – fiel immer ganz stark auch auf den Abgeordneten, der damit ja nicht zuletzt auch seine Bindungen an die „heimische“ Wählerschaft unterstrich und unterstreicht. Anton Huber hat von seinen Erfolgen nie viel gesprochen; seine Leistungen waren ihm bewusst, und er wusste auch, wer er war. Seine Bescheidenheit war alles andere als eine bewusst eingesetzte Attitüde, sondern Wesensmerkmal eines tiefergläubigen katholischen Christen, der es als

Pflicht verstand, sich für die Menschen, für die er Verantwortung hatte, nach seinen Möglichkeiten einzusetzen. Den Grundsatz des Artikels 27, Satz 3 der Landesverfassung von Baden-Württemberg: „Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“ hat Huber sehr ernstgenommen und sich danach ausgerichtet.

Frank Raberg

Anmerkungen:

- ¹ In der politischen wie historischen Literatur war Huber bisher kaum Gegenstand besonderen Interesses der Forschung. Die wichtigsten Informationen zum äußeren Lebenslauf sind zusammengestellt u. a. bei Immo Eberl/Helmut Marcon (Bearbeiter), 150 Jahre Promotion an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen. Biographien der Doktoren, Ehrendoktoren und Habilitierten 1830–1980 (1984), Stuttgart 1984, S. 360 f. und bei Wolfram Angerbauer (Redaktion), Die Amtsvorsteher der Oberämter, Bezirksämter und Landratsämter in Baden-Württemberg 1810 bis 1972. Hg. von der Arbeitsgemeinschaft der Kreisarchive beim Landkreistag Baden-Württemberg, Stuttgart 1996, S. 327 (Bernhard Hildebrand). Die bisher umfassendste Biographie stammt von Frank Raberg, Eine Gründergestalt Baden-Württembergs feiert Geburtstag. Dr. Anton Huber wird 90 Jahre alt, in: CDU-Intern Nr. 5/Mai 1995, Aus dem Kreis (Ostalb), S. 5 f. Im Druck befindet sich der biographische Beitrag von Frank Raberg über Anton Huber für die Baden-Württembergischen Biographien, hg. von Bernd Ottnad bzw. Fred Ludwig Sepaintner im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Wichtige Hinweise zum Parlamentarier Huber enthält überdies Klaus Schrode, Beamtenabgeordnete in Landtagen der Bundesrepublik Deutschland. Eine Untersuchung über das parlamentarische Verhalten von Abgeordneten in den Landtagen von Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz, die in der öffentlichen Verwaltung tätig

- sind, Heidelberg 1977, S. 103, 105, 108, 115, 117 et passim.
- ² Der zweite Teil, der sich dem Landrat Huber widmet, wird im nächsten „Aalener Jahrbuch“ erscheinen.
- ³ Die wichtigsten biographischen Informationen sind entnommen 1. dem von Huber selbst verfassten Lebenslauf (vom 25. November 1950) für das Handbuch des Landtags von Württemberg-Baden. Kopien im Archiv des Landtags von Baden-Württemberg (Stuttgart), Informationsdienst (Referat 4/II), Persönlichkeitendokumentation „Anton Huber“ sowie in der Personalmappe Huber des Vf. und 2. einem protokollierten Gespräch von Vf. mit Huber (vom 19. Juni 1992), das sich ebenfalls im Besitz vom Vf. befindet. Außerdem ist zurückzugreifen 3. auf den Beitrag von Huber „Über den politische Katholizismus“, in: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte (RJKG) 2 (1983), S. 155–159, der wichtige Detailinformationen zu seiner Biographie enthält.
- ⁴ Huber, Über den politischen Katholizismus, (wie Anm. 3), S. 158.
- ⁵ Ebd., S. 155.
- ⁶ Die württ. Zentrumsparterie finanzierte das Bauernsekretariat in Ravensburg – ein Umstand, von dem Huber „erst später“ erfahren haben will, vgl. Gesprächsprotokoll (wie Anm.). Festzuhalten bleibt dennoch, dass der Volksverein für das Katholische Deutschland keine Unterorganisation der Zentrumsparterie, wohl aber ihre inoffizielle Massenbasis war.
- ⁷ Vgl. Frank Raberg, Franz Wiedemeier (1890 bis 1970). Ein christlicher Demokrat in der Landes- und Parteipolitik des deutschen Südwestens, in: Ulm und Oberschwaben. Zeitschrift für Geschichte und Kunst. Mitteilungen des Vereins für Kunst und Altertum in Ulm und Oberschwaben Band 50 (1996), S. 243–306, hier bes. 248.
- ⁸ Zitiert nach Thomas Schnabel, Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945/46 (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Band 13), Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1986, S. 108.
- ⁹ Ebd. S. 178 f.
- ¹⁰ Frank Raberg, Josef Beyerle. Zentrumspolitiker, Justiz- und Wirtschaftsminister, Mitgründer der (nord)württembergischen CDU. 1881–1963, in: Gerhard Taddey/Joachim Fischer (Hgg.), Lebensbilder aus Baden Württemberg XIX (1998), S. 436–464, hier S. 452.
- ¹¹ Eberl/Marcon (wie Anm. 1), S. 360.
- ¹² Anton Huber, Die Nach-Sitzung. Anekdoten aus dem Leben des schwäbischen Landrats und Abgeordneten Anton Huber, mit Federzeichnungen von Sieger Köder, Stuttgart-Aalen ²1983, S. 39.
- ¹³ Ebd., S. 46.
- ¹⁴ Frank Raberg, „Vielleicht wird ein Höherer unsere Arbeit segnen“. Josef Beyerle und der politische Neubeginn in Württemberg 1945, in: ZWLG 55 (1996), S. 313–361, hier S. 316 ff.
- ¹⁵ Vgl. dazu Frank Raberg, Staatssekretär Hermann Gögl 1945 bis 1948. Ein Beamter als Politiker im Staatsministerium Württemberg-Baden und auf US-zonaler Ebene, in: ZWLG 56 (1997), hier S. 387 (mit weiterer Literatur).
- ¹⁶ Raberg, Beyerle (wie Anm. 14), S. 325; vgl. Raberg, Gögl (wie Anm. 15), S. 396.
- ¹⁷ Huber, Über den politischen Katholizismus (wie Anm. 3), S. 158.
- ¹⁸ Ebd.
- ¹⁹ Hans Georg Wieck, Christliche und Freie Demokraten in Hessen-Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 10), Düsseldorf 1958, S. 140 f.; Karl Schmitt, Die CDU im Landesbezirk Nordwürttemberg, in: Paul-Ludwig Weinacht (Hg.), Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 2), Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1978, S. 137–162, hier S. 140.
- ²⁰ Vgl. zur Parteigründung ausführlich Frank Raberg, Heinrich Stooß. (1896–1971). Ein Ulmer Politiker zwischen Landtag und Landwirtschaft. Eine „parlamentarische Biographie“, in: Ulm und Oberschwaben. Zeitschrift für Geschichte und Kunst. Mitteilungen des Vereins für Kunst und Altertum in Ulm und Oberschwaben Band 51 (2000), S. 248–349, hier S. 292 ff.
- ²¹ Ebd. S. 296.
- ²² Schmitt, CDU (wie Anm. 19), S. 147.
- ²³ Einige Protokolle befinden sich im Nachlass von

- Huber im Archiv für für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung (St. Augustin bei Bonn), Bestand I-469, vgl. Günter Buchstab (Hg.), Die Bestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung. Kurzübersicht, Sankt Augustin ⁴1998, S. 100.
- ²⁴ Verhandlungen der Vorläufigen Volksvertretung für Württemberg-Baden, 6. Sitzung, 17. 4. 1946, S. 12 f.
- ²⁵ Beilage 12 zu den Verhandlungen der Vorläufigen Volksvertretung für Württemberg-Baden.
- ²⁶ Beilage 17 zu den Verhandlungen der Vorläufigen Volksvertretung für Württemberg-Baden.
- ²⁷ Vgl. Frank Raberg, Felix Walter (1890–1949). Mitgestalter des demokratischen Neubeginns im Südwesten und Gründervater der Bundesrepublik Deutschland. Zu seinem 50. Todestag am 17. Februar 1949, in: Ellwanger Jahrbuch XXXVII (1997/98), S. 152–163.
- ²⁸ Vgl. Karlheinz Bauer, Vorwärts ist die große Lösung. Die Arbeiterbewegung im Raum Aalen. Von den Anfängen bis 1933. Hg. von der Industriegewerkschaft Metall, Verwaltungsstelle Aalen, Heilbronn 1992.
- ²⁹ Die Landtagswahl vom 19. November 1950 in Württemberg-Baden, in: Statistische Monatshefte Württemberg-Baden, 5. Jg., Heft 1, S. 5–8.
- ³⁰ Vgl. Günter Buchstab, Josef Humpf, in: Ellwanger Jahrbuch XXXVI (1995/96), S. 226–231. Humpf (1905–1973) war Landwirt in Westhausen/Ruital. Im Gegensatz zu Huber war er fest im Wahlkreis verwurzelt. Er war der Schwiegersohn von Franz Feilmayr (1870–1934), einer der führenden Zentrumspolitiker im Wahlkreis, 1919/20 MdL, 1920–1930 MdR.
- ³¹ Geiger (1912–1986), der 1947 Bevollmächtigter der IG Metall sowie Vorsitzender des DGB-Orts- und Kreisausschusses in Aalen geworden war und 1949 die Heimstättengesellschaft Aalen mitgegründet hatte, war von 1950–1952 Mitglied des Landtags von Württemberg-Baden (Landesliste) gewesen. Von 1954–1976 war er Mitglied des Deutschen Bundestages (Landesliste).
- ³² Vgl. Staatsanzeiger für Württemberg-Baden Nr. 23, 22. 3. 1952, S. 2.
- ³³ Die Kandidaten der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung sind aufgeführt im Staatsanzeiger für Württemberg-Baden Nr. 18 vom 5. 3. 1952, S. 3.
- ³⁴ Die Landtagswahl vom 4. März 1956 in Baden-Württemberg. Die Ergebnisse der Wahl in den Regierungsbezirken, Wahlkreisen, Stadt- und Landkreisen und Gemeinden des Landes Baden-Württemberg mit einer textlichen Darstellung (Statistik von Baden-Württemberg Band 24), hg. vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 1956.
- ³⁵ Die Landtagswahl vom 15. Mai 1960 in Baden-Württemberg. Die Ergebnisse der Wahl in den Regierungsbezirken, Wahlkreisen sowie Gemeinden des Landes Baden-Württemberg mit einer textlichen Darstellung (Statistik von Baden-Württemberg Band 71), hg. vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 1960.
- ³⁶ Die Wahl zum Landtag von Baden-Württemberg am 26. April 1964. Endgültige Ergebnisse der Wahl in den Regierungsbezirken, Wahlkreisen sowie Gemeinden des Landes Baden-Württemberg mit einer textlichen Darstellung (Statistik von Baden-Württemberg Band 102), hg. vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 1961, S. 93.
- ³⁷ Geisel, 1968–1972 Erster Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Ellwangen, seit 1968 Mitglied des Ellwanger Gemeinderats, seit 1971 des Kreistags des Landkreises Aalen bzw. später des Ostalbkreises, war von 1972–1996 per Zweitmandat im Wahlbezirk Aalen MdL und seit 1980 Erster stv. Präsident des Landtags von Baden-Württemberg.
- ³⁸ Vgl. die Registereinträge bei Jürgen Tröscher (Bearbeiter), Quellen zur Entstehung der Verfassung von Baden-Württemberg. Neunter Teil: Gesamtregister (Veröffentlichungen zur Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg seit 1945, 10. Band), Stuttgart 1995, S. 333 ff., 403.
- ³⁹ Paul Feuchte (Bearbeiter), Quellen zur Entstehung der Verfassung von Baden-Württemberg. Siebter Teil: Juni 1953 (Veröffentlichungen zur Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg seit 1945, 8. Band), Stuttgart 1992, S. 599–605.